

## Antrag

### der Fraktion DIE LINKE

#### 10 Jahre Gewaltschutzgesetz - Auswirkungen und Handlungsbedarf zum Schutz von Frauen vor Gewalt in Thüringen

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, vor der Sommerpause einen Bericht vorzulegen, aus dem hervorgeht, wie sich der Schutz von Frauen vor Gewalt seit Inkrafttreten des Gewaltschutzgesetzes im Jahr 2002 entwickelt hat und welche Handlungsbedarfe sich seitdem herausgestellt haben. Der Bericht soll sich besonders auf nachfolgende Schwerpunkte beziehen:
  - a) grundsätzliche Entwicklung des Schutzes vor Gewalt gegen Frauen im häuslichen Bereich,
  - b) Gewalt gegen ältere Frauen,
  - c) Gewalt gegen Frauen mit Behinderungen,
  - d) Gewalt gegen Frauen in und nach Trennungssituationen,
  - e) Gewalt gegen Migrantinnen und Flüchtlingsfrauen,
  - f) Schutz von Kindern bei Gewalt im häuslichen Bereich,
  - g) Probleme im Falle häuslicher Gewalt bei der Abwägung in Sorge- und Umgangsrechtsentscheidungen.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert,
  - a) den Maßnahmenplan "Häusliche Gewalt" der Landesregierung fortzuschreiben,
  - b) die Leitlinien der Thüringer Polizei beim Umgang mit häuslicher Gewalt zu aktualisieren,
  - c) die vorhandenen Beratungs- und Schutzstrukturen wie Frauenhäuser und -schutzwohnungen, Interventionsstellen sowie Frauen- und Familienzentren in ihrem bisherigen Umfang sicherzustellen und die sogenannte Bewirtschaftungsreserve insoweit nicht in Anwendung zu bringen und
  - d) die Täterberatung in Thüringen auszubauen.

#### Begründung:

Zehn Jahre nach Inkrafttreten des Gewaltschutzgesetzes ist ein guter Zeitpunkt, sich die Wirksamkeit des Gesetzes anzusehen und die weiteren notwendigen Handlungsschritte für Thüringen zu überlegen. Aus einem Fachgespräch mit den Vertreterinnen der Thüringer Interventionsstellen im Gleichstellungsausschuss und einer Diskussion zu "Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland", die sich ebenfalls mit der Gewalt gegen Frauen und deren Folgen auseinandersetzt, sind einige Handlungsfelder deutlich geworden, die in diesem Antrag benannt sind. Zum einen benötigen wir in Thüringen ei-

nen genaueren Bericht über unterschiedliche Personengruppen, die besonders von Gewalt betroffen sind, um daraus konkrete, passformige Maßnahmen abzuleiten und zum anderen kann schon jetzt festgestellt werden, dass der Maßnahmeplan und die Leitlinien überarbeitet werden müssen und es gilt, die vorhandenen Schutzstrukturen abzusichern und auszubauen.

Für die Fraktion:

Ramelow